

Stadtgrün

IN DIESER AUSGABE

TEILHABE
Bildung macht stark Seite 2

PROJEKTVORSTELLUNG
VOLLDABEI - Kulturwerkstatt Seite 3

BETEILIGUNG
Arbeit des Integrationsbeirats gestärkt Seite 4

BERATUNG
Bildungsberatung in der Kresslesmühle Seite 5

UNTERBRINGUNG
Die Wohnsituation von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Augsburg Seite 6

AUS DEM MIGRATIONSREFERAT
Interview mit Reiner Erben zum Büro für Migration Seite 7

AUS DEM BUNDESTAG
Fluchtursachen bekämpfen statt Deals mit Despoten Seite 10

AUS DEM LANDTAG
Flüchtlingen Teilhabe von Anfang an ermöglichen Seite 12

KULTURSENSIBLE BERATUNG
Stadt übernimmt Interkulturelles Netzwerk Altenhilfe Seite 15

EDITORIAL

Flucht, Asyl und Integration - auch kommunale Themen?

– von Martina Wild



Das Thema Flucht mit seinen globalen, vielfältigen Ursachen und Folgen betrifft und beschäftigt nicht nur die Bundes- und Landesebene, sondern uns vor Ort in den Kommunen unmittelbar:

Alle, ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger, Verwaltungen, Institutionen und Einrichtungen in unserer Stadt sind mit der Frage konfrontiert, wie ein friedliches Miteinander der vielen verschiedenen Kulturen und ein gemeinsames Leben in unserer Stadt gelingen kann.

Die Frage, die wir beantworten müssen, lautet daher: Was sind die Voraussetzungen für das Gelingen von Integration?

Die wesentlichen Themenfelder sind dabei aus unserer Sicht: Bildung, Lernen und Arbeiten – Unterbringung und Wohnen – Älter werden, Beteiligung, kulturelle Vielfalt und Teilhabe.

In dieser Ausgabe unseres Stadtgrüns wollen wir euch Einblicke in die verschiedenen in Augsburg laufenden Aktivitäten geben, Grüne Positionen auf allen politischen Ebenen klar machen und natürlich auch darstellen, was bisher schon auf kommunaler Ebene erreicht werden konnte.

Viel Spaß beim Lesen!

Bildung macht stark

– von Martina Wild

Bildung macht stark – das gilt auch in besonderem Maß für die Flüchtlinge, die gegenwärtig in Augsburg leben. Integration kann ohne Bildung nicht funktionieren. Mehr als die Hälfte der Flüchtlinge sind jünger als 25 Jahre, also in einem Alter, in dem sie frühkindliche, schulische und non-formale Bildung wie auch eine Ausbildung benötigen.

Wichtiger Baustein für eine gute Chance auf Integration in unserer Stadtgesellschaft ist deshalb ein breites, auf die jeweiligen Bedürfnisse abgestelltes Bildungsangebot in all seinen Facetten: beim Spracherwerb, in Kindertagesstätten, Schulen und Jugendtreffs, bei Angeboten der Familienbildung und Elternarbeit, bei Ausbildung und Arbeit. Viele Initiativen, Institutionen und auch viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer tragen in diesen Bereichen tagtäglich dazu bei, dass Integration gelingen kann.

Frühkindliche Betreuung und Bildung ausbauen

In Augsburg leben derzeit 447 Flüchtlingskinder unter 13 Jahren, davon besuchen 307 Kinder in Augsburg Kindertagesstätten. Die Unterstützung der Kinder und Familien erfolgt dabei durch vielfältige Angebote im Alltag der Einrichtungen wie auch durch Vorkurse, Elterncafés oder Aktivitäten der Stadtteilmütter. Um auch bereits die Familien an den Gemeinschaftsunterkünften willkommen zu heißen, wurde z. B. an der Windprechtstraße eine Großtagespflege eingerichtet. Diese frühkindliche Bildung und Betreuung ist auch weiterhin auszubauen, um Kinder und ihre Familien von Beginn an in Augsburg zu unterstützen.

Gut in die Schule starten

Mittlerweile besuchen 670 Schülerinnen und Schüler in Augsburg 48 Übergangsklassen an Grund- und Mittelschulen. Sieben Übergangsklassen werden in Form gebundener Ganztagsklassen geführt, bei denen Unterricht durch eine sozialpädagogische Betreuung ergänzt wird. Eine internationale Klasse existiert zudem an der Abendrealschule Augsburg und das Pilotprojekt InGym am Peutingen Gymnasium.

Auch wenn diese schulischen Angebote sukzessive ausgeweitet wurden, gibt es nach wie vor Verbesserungspotential: mehr multiprofessionelle Teams an den Schulen, interkulturelle und generationsensible Schulungen, ausreichend finanzielle Mittel für außerschulische Aktivitäten wie ein Museumsbesuch oder ein zentraler Pool mit ausreichend Dolmetschern sind dabei nur einige Forderungen.

Lernen und Arbeiten

Auch die Angebote an den Berufsschulen werden weiterhin ausgebaut, um die jungen Flüchtlingen und MigrantInnen im Spracherwerb und in der gezielten Berufsvorbereitung zu unterstützen. Hinzu kommt eine sozialpädagogische Betreuung. Ziel ist es, die Chancen

der jungen Menschen auf eine Ausbildungsstelle zu erhöhen. Es gibt derzeit 8 Sprachintensivklassen, 11 BerufsinTEGRATIONSvorklassen und 8 BerufsinTEGRATIONSKlassen. Die Berufsschulen arbeiten dabei eng mit IHK und HWK wie mit den sich beteiligenden Ausbildungsbetrieben zusammen. Um Lernen und Ausbildung zu unterstützen, ist auch auf eine adäquate Wohnsituation zu achten, wie z. B. durch Ausbildungswohngemeinschaften.



Non-formale Bildungsorte

Familienzentren, Kultur-, Umwelt- und Sporteinrichtungen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit wie der Jugendhilfe leisten in ihrer breiten Palette an Aktivitäten und Kompetenzen ebenfalls wichtige Beiträge zum Gelingen der Integration. Genannt seien hier Projekte wie "Flüchtlinge werden Freunde" des SJR oder "Rotkäppchen" vom JTA. Diese Einrichtungen benötigen ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen wie entsprechende Qualifizierungen. Und diese Lernorte müssen adäquat ausgestattet und - wie der Jugendtreff "Oase" - saniert werden.

Auf der Grundlage eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses sind non-formale und informelle Bildungsorte selbstverständlicher Bestandteil einer kommunalen Bildungslandschaft Augsburg und tragen zu Chancengerechtigkeit und Teilhabe bei.

UNTERSTÜTZUNG DURCH DIE STADT

- Einrichtung eines **Bildungsbüros** (Bündelung der bildungsrelevanten Akteure und Aktivitäten)
- **Bildungskoordination** für Neuzugewanderte (gebündelte Information zur Bildungs- und Arbeitsmarktintegration)
- **Migrationsclearingstelle** (Entlastung des ZIB, Service- und Lotsenfunktion zum Finden der richtigen Ansprechpartner*innen)

VOLLDABEI - Kulturwerkstatt

– von Silvia Daßler



Toleranz und Offenheit, Verständnis und gegenseitiges Kennenlernen zu üben und zu erfahren und so eine bessere Akzeptanz gegenüber Flüchtlingen zu fördern: So kann Integration gelingen. Es gibt in Augsburg zahlreiche gute und auch mit Preisen bedachte Integrationsprojekte. Stellvertretend wollen wir eines dieser Projekte vorstellen und gratulieren daher ganz herzlich zum diesjährigen Zukunftspreis für VOLLDABEI. Mit der Vorstellung dieses Projektes im STADTGRÜN wollen wir Danke sagen für das Engagement, aber auch für die Möglichkeit, die diese Projekte eröffnen um verschiedene Kulturen zusammenzubringen.

Die Initiative wurde 2013 von Susanne und Holger Thoma als mobiler, offener, interkultureller Lern- und Arbeitsort mit Reparatur- und Kreativaktivitäten in Asylunterkünften oder Jugend- und Stadtteilzentren gegründet. Daraus sind vielfältige nachbarschaftliche Aktionen entstanden und handwerkliche Fähigkeiten wie sie im Alltag gebraucht werden, können hier erlernt werden. Dazu zählen einfache Möbelreparaturen, Nähen und Flickern und die sachgerechte Bedienung von Haushandwerkmaschinen. Recycling und Upcycling sowie die kreative Gestaltung. Die mobile Kulturwerkstatt ist tageweise oder auch für einen längeren Zeitraum an verschiedenen Orten im Einsatz, wobei alle Materialien mit Fahrrädern und Anhängern transportiert werden. Immer wieder stellt die Initiative den Kontakt zwischen Asylsuchenden und der sogenannten Mehrheitsgesellschaft her. Dabei orientiert sie sich vor allem an der Zukunftsleitlinie „Vielfalt leben und die Kultur des Friedens und das Miteinander der Religionen weiter entwickeln“.

Verschiedene Aktionen:

Asylunterkunft Calmbergstraße / Kunstaktionen

Eine ganz besondere Aktivität war das VOLLDABEI Kunst-CAMP in der Asylunterkunft Calmbergstraße von Herbst 2015 bis Frühjahr 2016. NachbarInnen, KünstlerInnen und AsylbewerberInnen kamen zusammen, um zumindest einem Teil des 150 Jahre alten Gebäudes einen neuen Anstrich zu verpassen, das 40 Jahre lang nur als Provisorium zur Unterbringung von Geflüchteten

betrachtet wurde. In 1.450 Arbeitsstunden haben die rund 60 Beteiligten 1.100 m² Wände, Fußböden, Fenster und Türen instand gesetzt und die langen Flure mit riesigen Wandbildern verziert. Auch gemeinsames Kochen und Essen gehörte zum Konzept. Viele AugsburgerInnen wagten sich erstmals in eine Asylunterkunft. Es dauerte nicht lange, und andere Bewohner, diesmal aus den benachbarten Wohnhäusern, gesellten sich dem ungewohnten Tun bei, ohne viel Werbung und Aufforderung, sondern lediglich animiert durch das tätige Vorbild. Den Abschluss des Kunst-CAMPs bildete eine Ausstellung mit den entstandenen Wandbildern, ergänzt mit Arbeiten von renommierten KünstlerInnen. Die Presse hat zunehmend positiv über die Bewohner und das Haus berichtet, das nun als „Buntes Haus“ und nicht mehr als armseliger Ort wahrgenommen wird.

Fahrräder reparieren

Flüchtlinge reparieren zusammen mit Nachbar*innen Fahrräder. Jeder und jede kann das eigene Fahrrad zu unseren Terminen mitbringen und versuchen, es mit der Unterstützung der anderen Besucher*innen zu reparieren. Einen Anspruch auf Reparaturhilfe gibt es nicht. Es kommt immer darauf an, wer mit welchem Know-how gerade anwesend ist.

Hier können alle ihre handwerklichen Fähigkeiten, wie sie im Haushalt nützlich sind, einbringen. Zusammen mit Flüchtlingen reparieren wir Möbel, nähen oder stellen einfache Gegenstände aus Holz her. Werkzeuge und Maschinen sind vorhanden. Jeder und jede kann reparaturbedürftige Kleinmöbel oder Textilien mitbringen und versuchen, sie mit der Unterstützung der anderen Besucher/innen



zu schleifen, bohren, dübeln, schrauben oder flicken. Recycling und Upcycling sowie die kreative Gestaltung gehören dazu.

Gärtnern und Kochen

Obst und Gemüse kann sehr gut in Hochbeeten oder Pflanztrögen gezogen werden. Wir beteiligen uns mit der Kulturwerkstatt an Aktionen, die mehr Grün in die Stadt bringen.

Kontakt: kontakt@volldabei.org

Web: www.volldabei.org

Fotos: Holger und Susanne Thoma, Cynthia Matuszewski

Arbeit des Integrationsbeirats gestärkt

– von Cemal Bozoğlu

Die bisherige Satzung des Integrationsbeirats bildete die aktuellen Anforderungen an das Gremium, aber vor allem auch die Frage seiner Zusammensetzung und der Zusammenarbeit mit Politik, Verwaltung und Bürgerschaft nicht mehr zureichend ab. Alle Beteiligten erkannten das Erfordernis einer strukturellen Neuaufstellung des Integrationsbeirats sowie der Anpassung seiner Aufgabenstellung an die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Deshalb wurde auf den Vorschlag des Migrationsreferenten Reiner Erben hin eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich aus Mitgliedern des Integrationsbeirats und Vertretern des Stadtrates sowie Personen der Stadtgesellschaft und der Verwaltung zusammengesetzt hat um eine neue Satzung, die den neuen Erfordernissen besser entspricht, zu erarbeiten. Zwischen November 2015 und März 2016 wurde dann in zwölf Sitzungen ein neues Konzept für die Zusammensetzung und Arbeitsweise des Integrationsbeirats entworfen. Am 28. Juli 2016 wurde das neue Konzept vom Stadtrat beschlossen.

Wesentliche Änderungen:

Neues Auswahlverfahren

Das Konzept der neuen Satzung des Integrationsbeirats sieht das aufwändige

Verfahren der Urwahl als überholt an. Stattdessen sollen sich engagierte und fachlich kompetente Augsburgerinnen und Augsburger als Mitglied des Integrationsbeirats aktiv bewerben. Der Vorteil dieses neuen

Verfahrens liegt darin, dass die Mitglieder des zukünftigen Beirats bereits über Fachkunde in einem Bereich verfügen, den der Beirat thematisch in einem seiner drei Fachausschüsse (Bildung, Kultur und Sport / Soziales, Asyl, Gesundheit und Recht / Wirtschaft, Arbeit, Stadtplanung und Ökologie) bearbeitet. Die Auswahl soll in einem anonymisierten Verfahren durch aus einer breiten Vertretung

von Organisationen benannten Personen erfolgen.

Integration entsteht in einem Aushandlungsprozess zwischen angestammter Aufnahmegesellschaft, schon lange in Augsburg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund und aktuellen Neuzuwanderern. Die Satzung gibt daher bewusst allen Augsburger Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich als Mitglied des Integrationsbeirats zu bewerben. Damit auch Frauen verstärkt in diesem Gremium vertreten sein werden, wurde daher bei entsprechender Bewerbungslage eine Mindestquote für Frauen von 30% festgeschrieben.

Einrichtung einer Stadtratskommission

Bereits die bisherige Satzung aus dem Jahr 2009 sprach von der Einrichtung einer Stadtratskommission. Dies wurde nun in der neuen Satzung konkretisiert. Die stimmberechtigten Mitglieder setzen sich aus einem Vertreter oder einer Vertreterin jeder Stadtratsfraktion oder Ausschussgemeinschaft sowie dem Vorstand des Integrationsbeirats (drei Personen) und den Sprecherinnen oder Sprechern der drei Ausschüsse zusammen. Die Stadtratskommission ist kein beschlussfassendes Gremium. Sie soll die Arbeit des Integrationsbeirats inhaltlich begleiten, Themen in die Beiratsarbeit einspeisen und Stellungnahmen oder Empfehlungen an die Gremien des Stadtrats abgeben. Ziel ist eine bessere Verschränkung der gewählten Stadtratsmitglieder mit dem Integrationsbeirat und ein rascher Austausch mit der politischen Ebene.

Bessere Vernetzung durch neues Vereinsparlament

Aus der Vereinsarbeit vieler Augsburger Vereine kommen immer wieder wertvolle Anregungen für die Arbeit des Integrationsbeirats, dies geschieht aber nicht geordnet, sondern oft aus eher zufälligen Begegnungen und dem gegenseitigen Kennen. Diese Vernetzung soll durch ein neu zu etablierendes Vereinsparlament systematisiert werden. Das Vereinsparlament ist grundsätzlich für

**Fachliche
Qualifikation als
entscheidendes
Auswahlkriterium**

alle Augsburger Vereine offen, die an den Aufgabenstellungen des Integrationsbeirats mitwirken wollen. Damit wird der Zugang zu neuen Partnerschaften eröffnet und das Thema der Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe auf Ebene der Vereine definiert.

Jenseits der bundesweit geführten Debatten zwischen Urwahl, Delegiertensystem und

verschiedenen Mischsystemen, haben wir in Augsburg einen neuen Ansatz entwickelt, in dem die fachliche Qualifikation von Personen in den Mittelpunkt gestellt wird. Dieser Ansatz bringt ein zeitgemäßes Verständnis von Integration als Aufgabe der Gesamtgesellschaft zum Ausdruck.

BERATUNG

Bildungsberatung in der Kresslesmühle

– von Martina Wild

Die Kresslesmühle wird zum Bildungs- und Beratungszentrum für Zugewanderte aller Altersgruppen, mit einem festen und einem wechselnden Beratungsangebot und zum Büro für die Bildungskoordinatoren*innen für Neuzugewanderte.

In den vergangenen zwölf Monaten wurde das interkulturelle Angebot der Kresslesmühle Stück für Stück wieder aufgebaut. Auch zahlreiche Vereine und Initiativen, die in ihrer Zusammensetzung die vielfältige Stadtgesellschaft widerspiegeln, nutzen die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten für Treffen und Austausch. Nun liegt mit dem Bildungs- und Beratungszentrum ein weiterer Baustein für die Mühle vor.

Beratung für Zugewanderte

Menschen, die neu nach Augsburg kommen, egal ob im Rahmen von Familienzusammenführung, als internationale Facharbeiter*innen, im Rahmen der EU-Freizügigkeit, aus einer anderen Stadt in Deutschland oder als Geflüchtete, haben viele Fragen für sich und ihre Familienangehörige zum Thema Bildung.

„Bildungs- und Berufseinstiegsberatung“ sind bisher keine gängigen Beratungskonzepte, sondern werden von unterschiedlichen Stellen bei Bedarf angeboten. Das Bildungs- und Beratungszentrum reagiert auf diese Lücke in der Augsburger Angebotslandschaft und bündelt die zentralen und dezentralen Ressourcen in diesem speziellen Beratungssegment in der Mühle.

Die Partnerin hierfür ist die Tür an Tür Integrationsprojekte gGmbH, die dieses Beratungskonzept exemplarisch und im Rahmen eines Modellprojektes in der Mühle erproben möchte. Die Jugendmigrationsberatung der Diakonie wird in das neue Bildungs- und Beratungszentrum verlagert.

Flankierend sollen im Haus unterschiedliche thematisch ergänzende Beratungsangebote von verschiedenen Trägern abwechselnd

(Tage- und Stundenweise) angeboten werden.

Ein Konzept aus einem Guss

Interkulturelles Kultur-, Begegnungs-, Bildungs- und Beratungshaus und Gastronomie sind vier Teile, die im Ganzen wirken und ineinander greifen und aufeinander aufbauen.

Bildungskoordinatoren*innen (gefördert durch ein Bundesprogramm) profitieren von den praktischen Erfahrungen der Berater*innen und können deren Erfahrungen in ihre koordinierende Aufgabe mit aufnehmen. Die Praxis kann direkt weitergeben, wo sie Lücken im System der Bildungs- und Berufseinstiegsberatung identifiziert hat.

Die Besucher*innen haben kurze (Beratungs-) Wege, zentrale Ansprechpartner*innen und zahlreiche Dienstleitungen im unmittelbaren Umfeld des Hauses. Sie lernen zudem das Kulturhaus Kresslesmühle kennen und entdecken die Möglichkeiten des Hauses, entweder an Veranstaltungen teilzunehmen, eigene Veranstaltungen zu organisieren oder selbst die Räumlichkeiten zu nutzen.

Die Gastronomie (Cafe 13, ein veganes Restaurant) wird ab Januar 2017 ganztägig vor Ort sein, damit auch eine erste Anlaufstelle im Haus und ein Ort, an dem sich die Wartezeit angenehm verbringen lässt.

INTERKULTURELLE ÖFFNUNG DER VERWALTUNG

Das Büro für Migration hat die Weichen für die Erstellung eines Integrationskonzeptes und Integrationsmonitorings gestellt. Erste Maßnahmen im Bereich der Personalentwicklung laufen an. Auch mit finanzieller Unterstützung durch das EU geförderte Projekt WAKA (Willkommens- und Anerkennungskultur in Augsburg) konnten im laufenden Semester im Programm der Stadtakademie allein über 17 Schulungen zu vielfältigen Aspekten von interkultureller Kompetenz verankert werden. Interkulturelle Kompetenz soll ein fester Bestandteil der Ausbildung von Führungskräften werden und die Personalräte/innen werden geschult, um in Auswahlverfahren interkulturelle Kompetenz der Bewerber*innen testen zu können. Verschiedene Referate und Dienststellen, darunter das Kulturamt und die Ausländerbehörde, arbeiten am Prozess der interkulturellen Öffnung.

Die Wohnsituation von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Augsburg

– von Antje Seubert

Die Unterbringung und Integration Geflüchteter bleibt eine wichtige Aufgabe für die Stadt. Die Strukturen, die 2015 geschaffen wurden, konnten sich in diesem Jahr stabilisieren und bewähren. An erster Stelle waren und sind wir gefordert, für eine gute, menschenwürdige und sichere Unterbringung zu sorgen. Wir haben es erreicht, dass Flüchtlinge in Augsburg selbstverständlich in Häusern und Wohneinheiten leben, die 90 Personen nicht übersteigen und die über ganz Augsburg verteilt sind. Es herrscht Konsens, dass dies zur Integration und zur Vermeidung von Stress beiträgt.

Helferkreise und städtische Kümmereerteams stehen den Menschen gut zur Seite und sind bei anstehenden Fragen behilflich. Zwischen dem städtischen Team „Asyl und Unterbringung“ im Amt für soziale Leistungen, dem Freiwilligenzentrum und den Helferkreisen besteht eine enge Kooperation.

Die allermeisten wohnen mittlerweile in ganz normalen Wohnungen und Häusern

Zum Ende dieses Jahres sind auch alle Pensionen gekündigt. Dies ist sowohl für die Geflüchteten als auch für die Stadt von großem Vorteil. Die gemieteten Pensionen stellten von Anfang an ein notwendiges Übel dar, waren doch ab dem Sommer 2015 wöchentlich bis zu 100 Menschen unterzubringen. Dabei war es immer Ziel, Pensionen mit ihren zumeist hohen Mieten und unzureichenden Wohnverhältnissen schnell wieder aufzugeben. Das ist inzwischen gelungen. Die Menschen wohnen in Wohnungen oder Häusern. Das Zusammenleben verläuft nach Auskunft von Stadt und ehrenamtlichen Unterstützer*innen den Umständen entsprechend normal und friedlich.

Nach der Erstunterbringung kommt die Integration

Nicht allein die Erstunterbringung von Asylsuchenden ist aber das Ziel, sondern gerade auch die Unterstützung ihrer Integration. Im Dezember wird das stadteigene und lange leer stehende Gebäude Rosenstraße 24 a als dezentrale Unterkunft eröffnet. Künftig wird das früher als Bürogebäude der Bahn genutzte Haus für Auszubildende und Berufstätige mit Fluchthintergrund zur Verfüg-

ung stehen. In die gleiche Richtung geht ein Wohnprojekt der Caritas in Göggingen an der Friedrich-Ebert-Str. Hier entsteht eine Wohnanlage für geflüchtete Familien. Und schließlich werden auf dem ehemaligen CEMA Gelände im Norden Oberhausens u. A. Wohnungen für anerkannte Flüchtlinge entstehen. Hier konnten wir GRÜNE erreichen, dass die ursprüngliche Planung geändert wurde. Nach dem – von uns geforderten – Ideenwettbewerb liegt nun ein für den Stadtteil und die künftigen Bewohner*innen ansprechender Entwurf vor.



Spezielle Unterbringung und Betreuung von Frauen dringend nötig

Die besondere Situation von alleinstehenden Frauen, Frauen mit Kindern sowie Mädchen mit traumatischen Fluchterfahrungen erfordert zudem eine spezifische Unterbringung und Betreuung. Denn sie können und sollen oft nicht mit Männern in einer dezentralen Unterkunft (dzU) leben. Die Stadt hat schon seit längerem einen „Runden Tisch“ eingerichtet, der sich um die speziellen Belange geflüchteter Frauen kümmert.

Voraussichtlich Ende des Jahres will die Regierung von Schwaben eine GU für 40 Frauen eröffnen. Und es gibt Überlegungen, eine dzU für Frauen zu errichten. Was haben wir schon in Augsburg? Seit einem Jahr gibt es zum Beispiel in Oberhausen das „Haus der Hoffnung“, initiiert von SOLWODI, unterstützt von Christine Kamm (Verein „Tür an Tür“), der Diözese und Ehrenamtlichen. Weitere Projekte sind aber dringend notwendig. Hoffen wir also, dass die Bemühungen des „Runden Tisches“ bald Früchte tragen. Wir GRÜNE werden nachfragen und dranbleiben.



Das Büro für Migration, Interkultur und Vielfalt

– Migrationsreferent Reiner Erben im Gespräch



Hallo Herr Erben. Mit Ihrem Amtsantritt wurde 2014 das Büro für Migration, Interkultur und Vielfalt neu geschaffen. Könnten Sie kurz beschreiben was man sich unter diesem Büro vorstellen kann und welche Funktion es hat?

Unser Büro (und vergleichbare Stellen deutschlandweit) reagiert darauf, dass über 44% der

Bevölkerung in Augsburg einen sogenannten Migrationshintergrund hat, also entweder selbst zugewandert ist, oder ein Elternteil nach 1955 aus dem Ausland zugewandert ist. Wir sehen in der Vielfalt eine Ressource in unserer Gesellschaft. Diesen Wert vermitteln wir mit unserer Arbeit. Ziel unserer Arbeit ist die gleichberechtigte Teilhabe durch eine gelebte Willkommens- und Anerkennungskultur in der Friedensstadt Augsburg.

Was ist in Augsburg bzw. seiner Bürgerschaft das Besondere im Hinblick auf Migration und Integration?

Friedensstadt als starke Basis, auf die man sich berufen kann

In Augsburg erlebe ich eine sehr engagierte Zivilgesellschaft und sehr viele außerstädtische Akteurinnen und Akteure, die für eine erfolgreiche Integrationsarbeit von außerordentlicher Wichtigkeit sind und

auch bundesweit eine große Anerkennung genießen. Die Wege in Augsburg sind kurz, der direkte Kontakt unkompliziert, was Abstimmungen und schnelles Handeln sehr viel leichter macht. Ein sehr positives Beispiel war die referatsübergreifende Arbeit an der Homepage zu Asyl in Augsburg. Wir hatten an sehr unterschiedlichen städtischen Stellen ein erhöhtes Aufkommen an Fragen von

engagierten, manchmal auch beunruhigten, Bürgerinnen und Bürgern bemerkt und haben uns sehr schnell darauf verständigt, gemeinsam eine gut lesbare und aktuelle Webseite zu gestalten, die bis heute sehr stark nachgefragt wird.

Als Friedensstadt hat die Stadt ein sehr starkes Narrativ, also eine Basis, auf die sich alle hier lebenden Menschen ohne Wenn und Aber berufen können. Dies empfinde ich sehr stark als den „Kitt“, der Augsburger*innen mit und ohne Migrationshintergrund zusammenhält. Dies wurde auch sehr deutlich als Frau Petry im Rathaus war. Der Rathausplatz gehörte unter dem Motto: „Wir sind Friedensstadt“ den Bürgerinnen und Bürgern. Da habe ich ein großes Zusammengehörigkeitsgefühl einer sehr aktiven Bürgerschaft erlebt.

Geflüchteten Menschen, aber auch schon länger hier lebenden Ausländer*innen ist oftmals nicht bewusst, dass es konkrete Hilfeangebote gibt. Mit welchen konkreten Problemen bzw. Fragestellungen können Menschen zum Büro für Migration kommen?

Wir machen keine Beratung im klassischen Sinn. Wir haben keine Sprechstunden oder Ähnliches. Unser Ziel ist es, Strukturen zu schaffen bzw bestehende Strukturen so zu verändern, dass alle Bürger*innen der Stadt mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen und überall adäquat beraten werden. Hier steht die interkulturelle Öffnung der Verwaltung im Mittelpunkt. Menschen sind unterschiedlich, und wenn wir möchten, dass alle Menschen, die gleichen Angebote wahrnehmen können, müssen wir dafür sorgen, dass sie in all ihrer Unterschiedlichkeit beraten werden, dass mögliche Barrieren abgebaut werden. Dennoch können Menschen zu uns kommen und sie tun dies auch. Es sind oft Personen, die eine Projektidee haben und gerne eine Veranstaltung mit uns durchführen möchten, und/ oder die auf der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten sind. Hier beraten wir gerne, berichten über Stiftungen oder Bundesprogramme, die eventuell finanzieren könnten und helfen so weiter. Wir schauen dabei, ob wir vielleicht unterschiedliche Akteurinnen und Akteure mit den gleichen Ideen vernetzen können,

oder wir unterstützen bei der Suche nach Referent*innen, Räumlichkeiten, Ansprechpersonen etc. Es kommen auch viele Augsburg*innen zu uns, die Hilfe brauchen, wenn sie z.B. einen Verein gründen wollen. Auch hier beraten wir gerne. Da ja auch die Kresslesmühle im Büro für Migration angesiedelt ist, können wir kostengünstige Räume für Vereine, Einzelpersonen etc. anbieten, aber auch einen attraktiven Aufführungsort für Veranstaltungen im Herzen der Altstadt.

In Augsburg haben fast 44% aller Bürgerinnen und Bürger eine Migrationsgeschichte. Bei den unter 18-jährigen liegt die Migrationsquote sogar über 61%. Vielfalt ist daher in Augsburg bereits gelebte Praxis und wird eher noch zunehmen. Was kann die Stadt tun, damit diese Entwicklung nicht als „Belastung“, sondern als Chance und Bereicherung verstanden wird?

Das beste Beispiel gibt die bereits gelebte Praxis! Entweder Augsburg, Stuttgart oder Frankfurt wird eine der Städte sein, die als Erstes die 50% Marke überschreiten wird. Einer dieser Städte wird die erste sein, in der dann die Mehrheit der Bewohner*innen einen Migrationshintergrund hat und die Minderheit keinen. Schaut man sich diese drei Städte heute an, so handelt es sich um Städte, die aufgrund ihrer vielfältigen Stadtgesellschaft dort stehen, wo sie heute stehen. Wir müssen aufhören, Migration als Gefahr für Leib, Leben und Gesellschaft zu sehen, sondern als das, was sie bereits seit Jahrhunderten ist: Als Normalität. Städte profitieren davon am ehesten, wenn sie diese Normalität als Teil ihrer Geschichte und Gegenwart anerkennen und mit Migration nicht die Ausnahme in der Geschichte verbinden. Deutschland ist reich an Geschichten gelungener Integration. Die Hugenotten*innen, die im 18. Jahrhundert nach Deutschland kamen, haben allein in Preußen über 43 neue Wirtschaftszweige eingeführt und Städte zwischen Berlin und Kassel maßgeblich geprägt, bzw. erst gegründet. Das Ruhrgebiet wäre ohne die Zuwanderung der sogenannten Ruhrpolen nie Motor einer industriellen Entwicklung gewesen. Die Erfolgsgeschichte des „Wirtschaftswunders“ hätte sich ohne die 15 Millionen Gastarbeiter*innen, von denen sich drei Millionen auf Dauer niedergelassen haben, die zu Zeiten der Anwerbeverträge nach Deutschland kamen, ganz anders abgespielt. Mal ganz abgesehen davon, dass es eigentlich sehr schade gewesen wäre, hätten die Römer nicht Städte wie Augsburg, Mainz, Köln, Trier, Kempten gegründet... Entwicklung und Bewegung findet durch Migration, Integration und Innovation statt.

Migrantinnen und Migranten aus den unterschiedlichsten Ländern sind in Augsburg auch in Vereinen und Verbänden organisiert. Arbeiten Sie auch mit diesen selbst organisierten Interessengruppen zusammen und in welcher Form?

Vernetzung ist ein wichtiges Arbeitsfeld des Büros für Migration, Interkultur und Vielfalt, zumal auch die Geschäftsstelle des Integrationsbeirats dort angesiedelt ist. Was den Integrationsbeirat angeht, haben wir gemeinsam mit den unterschiedlichen Vereinen gerade ein neues Konzept für die zukünftige Zusammensetzung erstellt.

Generell versuchen wir immer mit den Vereinen und Verbänden im Gespräch zu bleiben. Wir achten bei Veranstaltungen immer darauf, dass wir bei der Wahl der Referierenden, oder der Künstler*innen die Vielfalt der Stadt repräsentieren. Daneben haben wir mit dem Frühlingsfest des Integrationsbeirates und der AFA (Augsburger Frühjahrsausstellung) zwei große Formate, in denen wir ganz gezielt und explizit mit den verschiedenen Vereinen über einen längeren Zeitraum zusammenarbeiten. Zudem bieten wir Vereinen an, in Kooperation mit uns, eigene Veranstaltungen durchzuführen und haben immer ein offenes Ohr für neue Projektideen.

Was hat das Büro für Migration bisher vorgebracht und welches sind die zentralen Projekte der nächsten vier Jahre, die angepackt oder verbessert werden sollen?

Die Leiterin des Büros, Frau Dr. Spohn, hat ihr erstes Jahr persönlich genutzt, um sich einen Überblick über die unterschiedlichen städtischen und außerstädtischen Akteure*innen in dem Feld zu bekommen. Parallel haben wir unser Büro neu aufgebaut, strukturiert und ständig erweitert. Mit der Kress-



Wir müssen aufhören, Migration als Gefahr für Leib und Leben zu sehen

lesmühle kam dann im August 2015 noch ein völlig neuer Bereich hinzu. Wir haben bisher zahlreiche Projektanträge gestellt und diese auch bewilligt bekommen. Seien es Demokratie leben! WAKA, Willkommens- und Anerkennungskultur in Augsburg (gefördert durch die EU); die Bildungskoordinatoren*innen (gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung), MUSA (Muslimische Seelsorge in Augsburg) (gefördert



durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration) oder das kleinere Projekt Welcome Guide (gefördert durch die Bosch-Stiftung), in dem Geflüchtete ausgebildet werden, anderen Geflüchteten die Stadt zu zeigen. Wir haben mit viel Fantasie und immer in Kooperation mit vielen Partnern*innen viele spannende Projekte und damit auch einiges an Geld in die Stadt geholt. Uns hat sehr gefreut, dass das Bayerische Fernsehen sich daher auch Augsburg mit seiner breiten Projektlandschaft ausgesucht hat, als es einen Film über die Integration allgemein und der Geflüchteten im Besonderen gedreht hat.

Einer unserer Schwerpunkte ist und bleibt die interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Erstmals haben wir im Programm der Stadtakademie 15 Veranstaltungen zu unterschiedlichen Bereichen der interkulturellen Kompetenz angeboten. Wir haben mit den zuständigen Stellen darüber gesprochen, wie interkulturelle Kompetenz in Bewerbungsverfahren festgestellt werden kann und welche strukturellen Schritte hierfür notwendig sind.

Da sind wir auf einem guten Weg, ein solches Verfahren zu verankern. Interkulturelle Kompetenz wird bald ein Pflichtmodul in der zukünftigen Ausbildung von Führungskräften der Stadt werden.

Gegenwärtig schreiben wir an einem Bericht zur gleichberechtigten Teilhabe (Integrationsbericht) und erstellen ein Konzept zur gleichberechtigten Partizipation (Integrationskonzept), das wir derzeit mit unterschiedlichen Ämtern und Dienststellen diskutieren. Diese Konzepte möchten wir dann auch mit möglichst vielen Akteuren*innen auch außerhalb der Stadtverwaltung besprechen.

Was die Kresslesmühle betrifft haben wir ein neues Nutzungskonzept unter Einbeziehung unterschiedlichster Gruppen erstellt und mit der neuen Gastronomie ein stimmiges Gesamtkonzept erarbeitet. Der Dreiklang: Veranstaltungsort, Ort der Begegnung und Bildungs- und Beratungszentrum wird der Geschichte des Hauses als Vorreiterin der interkulturellen Begegnung gerecht. Hier wird vor allem im nächsten Jahr viel Arbeit in der Renovierung des Hauses liegen.

In vier Jahren hoffen wir,

- dass wir eine regelmäßige Berichterstattung zur gleichberechtigten Teilhabe etabliert und damit eine Datenbasis haben, die dem Stadtrat das nötige Material zur politischen Steuerung gibt.
- Dass die interkulturelle Öffnung der Verwaltung Teil der städtischen Normalität und eine selbstverständliche Kompetenz für Mitarbeiter*innen der Verwaltung geworden ist.
- sich noch mehr Referate und Dienststellen auf den langen Weg einer interkulturellen Organisations- und Personalentwicklung gemacht haben.
- Unsere ganzen Projekte erfolgreich abgeschlossen sind und wir neue Projekte generieren konnten
- Wir mehr Mitarbeiter*innen im Team haben
- Die Mühle das pulsierende und interkulturelle Zentrum in der Altstadt ist.

**Interkulturelle
Kompetenz
muss städtische
Normalität werden**

Herr Erben, vielen Dank für das Gespräch.

Fluchtursachen bekämpfen statt Deals mit Despoten

– von Claudia Roth



Fluchtbewegungen lassen sich nicht durch hohe Zäune oder Pakte mit Despoten lösen

Kein Mensch verlässt seine Heimat leichtfertig

Das politische Handeln bei uns in Deutschland trägt tagtäglich dazu bei, dass Menschen in den armen Teilen der Welt ihre Lebensgrundlage verlieren und ihre bisherige Heimat hinter sich lassen müssen. Denn unsere Handelspolitik, unsere Agrarpolitik, unsere Kohlepolitik, unserer Verkehrspolitik oder unsere Rüstungsexportpolitik sind einseitig und unfair ausgerichtet und schaden der globalen Gerech-

tigkeit. Wenn wir gleichzeitig Entwicklungszusammenarbeit leisten, ist das in etwa so, als ob man von einer Seite Fässerweise Öl in ein riesiges Feuer kippt und gleichzeitig von der anderen Seite mit einer Wasserpistole versucht, das Feuer zu löschen.

Unsere Handels- und Exportpolitik entzieht Menschen in Afrika die Lebensgrundlagen

Gerade auf unserem afrikanischen Nachbarkontinent werden immer mehr Menschen ihrer Existenz beraubt. Der senegalesische Fischer, dessen Netze aufgrund europäischer Fischflotten leer bleiben, die Kleinbäuerin aus Ghana, deren Tomaten und Hähnchen gegenüber den Billigprodukten aus Europa nicht konkurrenzfähig sind oder die Hirtenfamilie aus der Sahelzone, die aufgrund von Dürren und Konflikten ihre Lebensgrundlage

verloren hat. Sie alle verlassen ihre bisherige Heimat wegen verloren gegangener oder zerstörter Perspektiven.

Aber statt etwas daran zu ändern, was unser Politik zu Fluchtursachen weltweit beiträgt, betreiben Bundesregierung und Europäische Kommission derzeit Flüchtlingsabwehr. Deswegen reiste Kanzlerin Merkel auch im Oktober durch Afrika.

Europa betreibt Flüchtlingsabwehr statt Fluchtursachenbekämpfung

Das Muster des EU-Türkei-Deals soll nun auf zahlreiche andere Länder angewendet werden, wie etwa Niger, Nigeria, oder Äthiopien. Noch dazu am Europäischen Parlament vorbei. Das ist nicht nur vollkommen undemokratisch, sondern auch politisch geradezu wahnwitzig. Trotz massiver Abschottung in den letzten Monaten und Jahren ertrinken auch weiterhin tausende Menschen im Mittelmeer. Wer glaubt, das Sterben durch noch mehr Abgrenzung schon irgendwie beenden zu können, erliegt einem fatalen Irrtum und handelt auf Kosten der Schutzbedürftigen.

Entwicklungspolitik darf nicht zur Abschottung missbraucht werden

Handelsbeziehungen, Entwicklungsgelder und andere Finanzmittel sollen jetzt künftig dafür eingesetzt werden, dass Drittländer Migrant*innen daran hindern, Europa zu erreichen. Die Ankündigung, europäische Entwicklungszusammenarbeit fortan konditionieren zu wollen und Länder zu bestrafen, die bei der Migrationskontrolle nicht ausreichend kooperieren, ist nicht hinnehmbar. Entwicklungspolitik muss die Situation und Unterstützungsbedürftigkeit der Menschen zum Maßstab haben, nicht das Verhalten der Regierung in Fragen der Grenzkontrolle und Abschottung.

Selbstverständlich ist es richtig, Ländern wie Libyen beim Aufbau rechtstaatlicher



Strukturen nach aller Kraft beizustehen. Auch spricht nichts dagegen, die Zivilbevölkerung in Äthiopien oder Niger zu unterstützen. Wenn aber nun das gesamte außenpolitische Handeln der EU und ihrer Mitgliedstaaten dem Leitmotiv weiterer Abschottung untergeordnet werden soll, ist das der vollkommen falsche Weg!

Menschenrechtsbasierte Außenpolitik muss Grundlage sein

Die Bundesregierung betreibt derzeit in Brüssel die Abkehr von einer menschenrechtsbasierten Außenpolitik und einer Entwicklungspolitik, die sich dem Ziel der Armutreduzierung und der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele verschreibt. Das einzige neue Ziel lautet Flüchtlingsabwehr.

Strukturen unseres eigenen Handelns überdenken

Wir fordern stattdessen in unserem Grünen Bundestagsantrag, die Strukturen unseres Handelns zu überdenken und nach der eigenen Verantwortung zu fragen. Wir exportieren Rüstungsgüter in Krisengebiete, überfischen die Weltmeere und nehmen in Kauf, dass unser Export und Konsum andersorts zu Armut und Zukunftslosigkeit führen. Viel zu oft haben wir – ebenso wie die Regierungen und Konfliktparteien vor Ort – bei der Konfliktprävention und Friedensschaffung versagt. Und die von uns mitverursachte Klimakrise führt weltweit zu immer mehr Dürren, Stürmen und Ernteausfällen.

All das erzeugt Flucht und Vertreibung, wird aber weder mit höheren Zäunen, mit Patrouillenbooten oder durch Pakte mit Despoten zu lösen sein. Mit unserem Ansatz setzen wir uns deshalb für eine kohärente internationale Politik ein – und fordern strukturelle Reformen in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Handel und Klimaschutz.

Konkret fordern wir:

Die diplomatischen Anstrengungen bei der Bearbeitung und politischen Beilegung aktueller Krisen sowie die zivile Krisenprävention massiv zu verstärken, und dabei etwa Rüstungsexporte in Krisengebiete und an Staaten mit einer hochproblematischen Menschenrechtslage zu stoppen; innerhalb der EU und in den EU-Außenbeziehungen

auf die verbesserte Anerkennung nationaler Minderheiten und die Verbesserung ihres Schutzes vor Diskriminierung zu drängen; die negativen Folgen unseres Wirtschaftens für andere Weltregionen abzustellen, um Armut und Zukunftslosigkeit zu bekämpfen; das Klima zu schützen, die ärmsten Staaten bei der Anpassung an Klimaveränderungen entschieden zu unterstützen und Klimaflüchtlinge zu schützen; Aufnahme- und Transitländer bei der Unterbringung und Versorgung sowie bei der Stabilisierung und der Integration der Geflüchteten in die Gesellschaft aus humanitären Gründen zu unterstützen; die multilaterale Kooperation bei der Festsetzung globaler Maßnahmen und Regeln für mehr globale Gerechtigkeit und Klimaschutz zu stärken, vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen; sowie Entwicklungs- und Migrationspolitik stärker zu verschränken, legale Fluchtwege und Migrationsmöglichkeiten zu schaffen.

Globale Gerechtigkeit nur durch grundlegende Umgestaltung unserer Politik

Wenn wir tatsächlich dafür sorgen wollen, dass weniger Menschen fliehen müssen, und nicht nur erreichen wollen, dass weniger Menschen bei uns ankommen, dann müssen wir unsere Politik in vielen Feldern ganz grundlegend umgestalten.

„SO GEHT DEUTSCHLAND - EINE ANSTIFTUNG ZUM MITMACHEN UND EINMISCHEN“

Seit November im Handel ist das neue Buch von Claudia Roth und Fetsum Sebhat und ist ein Plädoyer für das moderne, vielfältige und weltoffene Deutschland.

Der Wind scheint sich zu drehen in Deutschland: Ein Ende der Willkommenskultur und der Aufstieg des Rechtspopulismus bedrohen die Fortschritte, die in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten erreicht wurden. Und die Fundamentalablehnung unserer »Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung« kommt mittlerweile von rechts. Jetzt ist Dagegenhalten angesagt. Claudia Roth, die grüne Feministin und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, und der aus einer eritreischen Familie stammende Musiker Fetsum Sebhat treten an zur Verteidigung ihres Deutschlands. Ihr klares Plädoyer lautet: Die Abschottung und der Rückmarsch in die fünfziger Jahre ist keine Option für ein modernes, tolerantes und weltoftenes Land in den Zeiten der Globalisierung. Anschaulich und engagiert schildern sie, was dieses Land ausmacht, an dessen Veränderung sie mitgearbeitet und das sie schätzen gelernt haben. Und sie appellieren an unseren Bürgersinn: Nur wer mitmacht und sich einmischt, kann Einfluss darauf nehmen, wohin es mit Deutschland geht.

Flüchtlingen Teilhabe von Anfang an ermöglichen

– von Christine Kamm



3+2 -Regelung schafft Sicherheit und darf nicht unterlaufen werden

Die Integration von Flüchtlingen gelingt am besten durch Teilhabe von Anfang an. Dazu gehören Sprach- und Integrationskurse, Anerkennung mitgebrachter Qualifikationen, Ergänzung der Schulbildung, Ausbildung, Praktika und die Integration in Arbeitsplätze. Das Bundesintegrationsgesetz vom 1. August 2016 enthält hierzu die von der bayerischen Wirtschaft schon lange geforderten 3+2 – Regelung, auch wenn es in anderen Punkten hinter den Anforderungen und

Möglichkeiten einer stimmigen Integrationspolitik zurückbleibt.

Während andere Bundesländer das Bundesintegrationsgesetzes unmittelbar anwenden, versucht die bayerische Staatsregierung diese Bundesregelung durch ein 41-seitiges Schreiben des Innenministeriums an die Ausländerbehörden dieses weitestgehend auszuhebeln. Die vorhandenen bundesgesetzgeberischen Spielräume gilt es jedoch unverzüglich zu nutzen!

Wir fordern daher:

Keine bayerischen Sonderregelungen von Ausbildungs- und Arbeitsaufnahme-verbotten für AsylbewerberInnen

Flüchtlingen kann über die sogenannte 3+2 Duldungsregelung ein sicherer Aufenthalt während einer dreijährigen Ausbildung und einer darauffolgenden zweijährigen Praxisphase garantiert werden. Das bayerische Innenministerium darf nicht durch den

Ausschluss von geduldeten Flüchtlingen und anerkannten Flüchtlingen im Verfahren die 3+2 Regelung unterlaufen, indem bayerische Ausländerbehörden diesen Flüchtlingen verwehren, einen angebotenen Ausbildungsplatz anzutreten. Wir kämpfen bei diesem Thema Seite an Seite mit den Handwerks- sowie den Industrie- und Handelskammern!

Wohnsitzzuweisungen von anerkannten Flüchtlingen, Um- und Neuverteilungen von AsylbewerberInnen so gestalten, dass bisherige Integrationsleistungen in Bildung und Arbeit fortgeführt, Beziehungen zu Helferkreisen erhalten und keine neuen Massenunterkünfte geschaffen werden

Das Bundesintegrationsgesetz ermöglicht die Wohnsitzzuweisung für jeden anerkannten Flüchtling, der nicht mindestens 721 Euro monatlich netto seit mindestens sechs Wochen verdient. In Bayern sollen per neu geschaffener Verordnung anerkannte Flüchtlinge bestimmten Landkreisen zugewiesen werden und diese können dann bestimmte Gemeinden zur Aufnahme verpflichten. Anerkannte Flüchtlinge sollen im selben oder einem anderen Regierungsbezirk umverteilt werden können, sowohl in Wohnungen wie Gemeinschaftsunterkünften. Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften will das Innenministerium zudem so verteilen und zuweisen, dass „die Rückführung nicht erschwert wird“. Wir wollen darauf achten, dass Flüchtlinge durch unsinnige Umverteilungen keine Arbeitsplätze verlieren, Helferkreis-Flüchtlingsbeziehungen nicht getrennt werden und erbrachte Integrationsleistungen nicht entwertet werden. Wohnsitzzuweisungen von anerkannten Flüchtlingen sowie Um- und Neuverteilungen von AsylbewerberInnen müssen an Integrationschancen vor Ort gekoppelt werden.

Vorrangprüfung in Bayern beenden, Bemühungen der Wirtschaft um die Integration in Arbeit unterstützen

Das Bundesintegrationsgesetz ermög-

licht die Abschaffung der umstrittenen und bürokratischen Vorrangprüfung. Hierbei muss bei jeder offenen Stelle geprüft werden, ob diese Stelle von deutschen oder EU-Bürgern besetzt werden kann. Während viele Bundesländer sie ganz abgeschafft haben, wurde sie in Bayern nur in der Hälfte der Arbeitsamtsbezirke, in denen die Arbeitslosigkeit 2015 unter 3 Prozent lag, abgeschafft.

Führerscheinwerb, wie in anderen Bundesländern zulassen

Wir wollen den Führerscheinwerb durch Flüchtlinge zulassen, wie dies auch in anderen Bundesländern der Fall ist. Auch wenn der Innenminister dies nicht ermöglichen will, können mittlerweile Flüchtlinge unter Verweis auf ein Bundesverwaltungsgerichtsurteil erfolgreich klagen. Wir wollen, dass Flüchtlinge auch in ländlichen Gemeinden mit schlechtem ÖPNV-Angebot zur Arbeit kommen können.

Ablehnung von speziellen Rückkehrzentren

Wir wollen die Rückkehrzentren für Flüchtlinge aus sogenannten sicheren Herkunftsländern in normale Einrichtungen umwandeln. Wir fordern eine Beendigung der Praxis, Flüchtlinge aus immer weiteren Ländern, derzeit aus der Ukraine, in die Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen in Bamberg und Manching für Angehörige aus den sogenannten sicheren Drittstaaten umzusiedeln.

Ehrenamtliche Arbeit, Eigeninitiative, Teilhabe und Partizipation der Flüchtlinge anerkennen und unterstützen, Asylsozialarbeit und Migrationsarbeit ausbauen

Die Arbeit der Ehrenamtlichen wie auch die Eigeninitiative, Teilhabe und Partizipation der Flüchtlinge wollen wir unterstützen und stärken. In wichtige Entscheidungen vor Ort, wie zum Beispiel der Schließung beziehungsweise des Neubaus von Einrichtungen, sollen auch Helferkreise einbezogen werden. Die „Betreuungsquote“ bei der Asylsozialarbeit liegt derzeit rechnerisch bei 1:300. Der Haushaltsentwurf des Finanzministers sieht zudem eine Absenkung vor. Für die Betreuung der anerkannten Flüchtlinge brauchen wir mehr Migrationssozialarbeit.

Kommunen durch die Errichtung von kommunalen Integrationszentren entlasten. Bundesmittel zur Unterstützung der Flüchtlingsarbeit in den Kommunen an die Kommunen weiterreichen

Kommunen sollen in ihrer Integrationsarbeit gestärkt werden, z.B. durch die Errichtung von kommunalen Integrationszentren. Die Bundesmittel zur Unterstützung der Flüchtlingsaufgaben in den Kommunen sind an die Kommunen anteilig weiterzureichen und nicht im vollständig im Landeshaushalt einzubehalten.

Integrationsgesetz

Ja, auch Bayern braucht ein Integrationsgesetz, das seinen Namen verdient, denn natürlich gibt es einiges zu verbessern, etwa die Verbesserung der Teilhabe der MigrantInnenorganisationen, die Verbesserung der Bildungschancen, die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, die bessere Ausstattung der kommunalen Integrationsarbeit.

Wir haben einen Entwurf für ein Integrations- und Partizipationsgesetz eingebracht, die CSU jedoch ein Integrationsgesetz, das besser Leitkultur-, Ordnungs-, Ausgrenzungs- und Verunsicherungsgesetz heißen sollte. Alle werden nicht etwa zur Wahrung von Grundgesetz und Verfassung verpflichtet, sondern zur Wahrung einer schwammig umschriebenen Leitkultur. Was bedeutet es aber, wenn z.B. der Träger einer KITA zur Vermittlung der Leitkultur verpflichtet wird, und mit Konzessionsentzug bei Nichtbeachtung gedroht wird?

Auch nach über 30-stündigen Debatten und Befragungen keine Antwort. Auch nicht auf die Frage, welche Regelverstöße und Missachtungen der Verfassung mit Zwangsbeschulungen und Bußgeldern bis 50.000 Euro geahndet werden sollen. Ob das alles verfassungsgemäß und verhältnismäßig ist? Auch diese Frage konnte nicht beantwortet werden.

Trotzdem ist die CSU entschlossen, dieses Gesetz durch die Gremien zu drücken, damit es am 1.1.2017 in Kraft treten kann. Ich habe noch nie so ein unbestimmtes und schlechtes Gesetz gesehen.

Bayern braucht ein Integrationsgesetz, das seinen Namen verdient

Perspektiven für gelingende Integration

– von Kirsi Hofmeister-Streit



Der Bezirk Schwaben ist vorwiegend Kostenträger für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) und Heranwachsender. Daneben stellt er sich der Aufgabe die Integration, in den unterschiedlichsten Bereichen des täglichen Lebens, zu fördern und zu begleiten.

Aufrechterhaltung von Standards in der Versorgung

Die Kosten für die UMFs werden den Bezirken rückerstattet. Die Kostenübernahme für die jungen erwachsenen Flüchtlinge bleibt indes ungeklärt. Der Freistaat Bayern weigert sich, die den Bezirken entstehenden Kosten zu erstatten, obwohl er dafür Mittel des Bundes kassiert. Berechtigt ist daher die Forderung, die Bezirke bei der Bewältigung der finanziellen Herausforderungen, die Unterbringung von jungen Flüchtlingen betreffend, nicht im Regen stehen zu lassen. Perfide ist indes, dass die Frage der Integration meist auf diesen Punkt verkürzt bleibt. Unter dem Feigenblatt der Notwendigkeit der Finanzierung wird versucht, die Standards in der Jugendhilfe für Flüchtlinge abzusenken. Wir Grüne setzen uns für die Beibehaltung notwendiger Standards ein!

Gute psychiatrische Versorgung

Originäre Aufgabe des Bezirks ist es, eine gute psychiatrische Versorgung, insbesondere auch traumatisierter Flüchtlinge, zu gewährleisten. Seit den ersten Flüchtlingswellen stehen wir in engem Austausch mit dem zuständigen Fachpersonal. Im Kinder- und Jugendbereich lässt sich konstatieren, dass die Feststellung und Diagnostik des Behandlungsbedarfs und die Möglichkeit der Versor-

gung, sowohl in Bezug auf die Kapazitäten als auch auf die Überwindung von Sprachbarrieren, gelingt. Im Erwachsenenbereich können wir auf ähnliche Auskünfte zurückgreifen. Eine Aufstellung des Bayerischen Bezirkstags erfasst die Sprachkompetenzen der Mitarbeiter*innen der Bezirkskrankenhäuser. Künftig ist vor allem im ambulanten Bereich mit Engpässen zu rechnen, was fachlich geschultes Personal für Dolmetschertätigkeiten betrifft.

Innovative Projekte

Im kulturellen Bereich widmeten sich zwei Ausstellungen in Schloss Höchstädt dem Thema Migration und Integration. In der Ausstellung „Heimatvertriebenen- und Flüchtlingskindheit“ porträtiert Christina Bleier Kinder mit ihren Schicksalen und bei ihrem Neustart in Deutschland. Daran anschließend begab sich die Ausstellung „Heimatfront Kinderzimmer“ auf Spurensuche und betreibt Ursachenforschung von der Vergangenheit bis in die heutige Zeit.

Fast schon Tradition ist der alljährliche Besuch unserer Grünen Fraktion im Friedensmuseum Lindau. Aktuell haben wir einen Antrag gestellt, die wichtige Arbeit dieser Institution mit weiteren Geldmitteln zu fördern.

Im Jugendbereich stellte heuer das Jugendforum, das der Bezirk einmal jährlich mit dem Bezirksjugendring Schwaben veranstaltet, die Situation junger Flüchtlinge in den Mittelpunkt. In der Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Babenhausen berichteten Vertreter*innen der Jugendarbeit aus ihrer Praxis und stellten erfolgreiche Projekte vor.

Im Bildungsbereich habe ich aktuell mehr Geld für die Arbeit der Umweltbildungsstätten beantragt, die sich u.a. auch mit Flüchtlingsprojekten engagieren.

Kirsi Hofmeister-Streit, Bezirksrätin

Fraktionsvorsitzende GRÜNE/ÖDP im Bezirkstag Schwaben
Fraktionsvorsitzende GRÜNE im Bayerischen Bezirkstag

Stadt übernimmt Interkulturelles Netzwerk Altenhilfe

– von Cemal Bozoğlu

Bereits im Juli 2015 hat der Sozialausschuss der Stadt beschlossen, das sehr erfolgreiche Projekt „Interkulturelles Netzwerk Altenhilfe“ (ina) mit Mitteln der Stadt in die örtlichen Senioren-Beratungsstrukturen zu übernehmen. Wir GRÜNE haben dieses Projekt immer unterstützt und die Übernahme durch die Stadt vorangetrieben. Das Projekt ina arbeitet bereits seit 2010 sehr erfolgreich mit Senior*innen aus islamisch geprägten Ländern und älteren Migrant*innen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Diese Menschen brauchen eine kultursensible und niederschwellige Beratung, weil ihnen die deutschen Altenhilfestrukturen nicht vertraut sind und sie durch ihren Lebenslauf die deutsche Verwaltung nur als Bürokratie kennen, die viel von ihnen abverlangt. Durch ina werden die Betroffenen und deren Angehörige nicht nur adäquat und fallspezifisch beraten, auch das Vertrauen in „deutsche“ Strukturen wird gestärkt.

Fehlende differenzierte Sprachkenntnisse und der Familienverbund als Hauptprobleme

Schon heute leben in Augsburg über 20.000 Menschen mit Migrationshintergrund, die älter als 65 sind. Dies zeigt deutlich, dass die früher weit verbreitete Vorstellung, ehemalige Gastarbeiter würden wieder in ihr Land zurückgehen, nicht eingetreten ist. Der demographische Wandel wird dazu beitragen, dass der Anteil von Senior*innen mit Migrationshintergrund in Augsburg noch deutlich steigen wird. Die Probleme dieser Migrant*innen

liegen neben den fehlenden differenzierten Sprachkenntnissen oft darin, dass eine gewisse Scham besteht sich „fremden“ Beratungsstellen anzuvertrauen oder dass der Familienverbund nicht mehr in der Lage ist ihre älter werdenden Eltern adäquat zu versorgen. Oftmals besteht bei den Betroffenen auch kaum Wissen über das Älterwerden, da die eigenen Eltern weit weg und in völlig anderen Strukturen leben oder lebten.

ina holt die Betroffenen in ihrem Lebensumfeld ab

Mit ihrem muttersprachlich-familienorientierten Ansatz holt ina die Betroffenen in ihrem persönlichen Lebensumfeld ab und klärt die notwendigen administrativen Fragen, z.B. auch mit ausländischen Behörden. Daneben bietet ina aber natürlich auch Know-How für die Träger der Altenhilfe und deren Angestellte. Es werden regelmäßige Schulungen angeboten, um auch eine kultursensible Pflege zu gewährleisten. Auch Besuchsdienste werden organisiert und Ehrenamtliche hierfür geschult. Ina ist in unseren Augen letztlich ein Stück nachgeholte Integration der Menschen, die seit 30 Jahren hier leben, alt geworden sind und ihren Beitrag zum Gemeinwohl Augsburgs geleistet haben.

Besonders freut uns, dass dieses erfolgreiche Projekt von einer ehemaligen Mitarbeiterin der Stadtratsfraktion geleitet wird. Wir wünschen Nimet Saran auch weiterhin viel Erfolg und eine glückliche Hand.

Deine GRÜNE Lieblingsecke in Augsburg

– von Michael Rill

Jeder von uns hat sie und viele von uns haben auch ein Foto davon: unsere Lieblingsplätze im wunderschönen Augsburg. In unserer letzten Ausgabe des Stadtgrüns hatten wir nach euren GRÜNEN Lieblingsecken in Augsburg gefragt und gebeten Fotos einzuschicken. Heute wollen wir nun eine dieser schönen Ecken stellvertretend zeigen und vorstellen.

Danke fürs Mitmachen an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer!

Ausgewählt haben wir das Foto von Marianne Weiß. Sie ist Sprecherin der Augsburger GRÜNEN und hat uns das nebenstehende Foto geschickt mit dem Hinweis: „Mein Lieblingsplatz in meinem Gärtchen“



Zeig uns, wo es zwickt: Lücken und Gefahrenstellen im Radwegenetz

– von Michael Rill

In der nächsten Ausgabe des Stadtgrüns wollen wir uns ausgiebig mit dem Thema Verkehr befassen und dabei natürlich auch einen Schwerpunkt zum uns GRÜNEN so wichtigen Radverkehr setzen.

Augsburg hat sich auf den Weg gemacht, bis 2020 den Titel Fahrradstadt auch zu verdienen und den Anteil des Radverkehrs bis dahin auf 25% zu steigern. Das von der Stadt beauftragte Büro hat bereits zahlreiche Vorschläge für neue Radwege, neue Vorrangstreifen und die Entschärfung von Gefahrenstellen gemacht. Dennoch interessieren uns eure persönlichen Erfahrungen mit der Radwegeinfrastruktur in Augsburg.

Wir fordern euch daher auf, uns Fotos und kurze Beschreibungen von Orten in Augsburg zu schicken, wo ein Radweg fehlt, ein Radweg im Nirwana endet, oder ihr eine besondere Gefahrenstelle seht, die dringend entschärft werden müsste. Wir werden dann möglichst viele der eingeschickten Beispiele auch abdrucken und versuchen in die politische Diskussion einzubringen.

Einsendungen bitte an:

stadtratsfraktion@gruene-augsburg.de

Einsendeschluss ist der 15.03.17.

Vielen Dank fürs Mitmachen!



IMPRESSUM



Infobrief der Stadtratsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Augsburg
Rathausplatz 2, 86150 Augsburg
Tel: 0821/324-4369
stadtratsfraktion@gruene-augsburg.de

Redaktion: Michael Rill und Silvia Daßler
(Fraktionsgeschäftsführung), Martina Wild
Fotos (wenn nicht anders angegeben): Stadtratsfraktion
oder Christine Kamm
V.i.S.d.P.: Martina Wild, Fraktionsvorsitzende
Produktion: SENSER-DRUCK GmbH, Augsburg

TERMIN

FÜHRUNG & KAFFEEKLATSCH

16. Dezember 2016
15:00 Uhr

Café Himmelgrün
Am Alten Schlachthof 9

Die Stadtratsfraktion lädt zur Führung in der Biobäckerei Schubert und anschließend zum gemütlichen Kaffeeklatsch. Teilnehmer*innenzahl begrenzt.

EINTRITT, KAFFEE UND KUCHEN FREI

Anmeldung unter:
stadtratsfraktion@gruene-augsburg.de



Klimaneutral gedruckt
mit Bio-Farben, Öko-Strom und
chemiereduziert auf
100 % Recyclingpapier.